

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP**

**UM  
MLW**

### **Fragen bezüglich der Allgemeinverfügung zum Schutz der Haubenlerche und dem dadurch ausgesprochenen Katzen-Hausarrest in Walldorf-Süd (Rhein-Neckar-Kreis)**

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es eine Dokumentation aller durchgeführten Aktionen, die vor in Kraft treten der Allgemeinverfügung erprobt wurden (unter Angabe, welche Maßnahmen zum Beispiel auch geringe jährliche Verschiebung der Habitate der Haubenlerchen in welchem Zeitraum stattgefunden haben und zu welchem Ergebnis die jeweilige Maßnahme geführt hat)?
2. Wie kommen das Landratsamt und das Regierungspräsidium Karlsruhe zu dem Ergebnis, dass es eine überdurchschnittliche Katzenpopulation in Walldorf-Süd gibt (unter Angabe der Anzahl der Katzen, der Katzendichte im dortigen Baugebiet Walldorf-Süd und Vergleich zu ähnlichen Baugebieten bzw. maßgeblichen Vergleichszahlen)?
3. Wurden die Stadt Walldorf, ihre Bürgerinnen und Bürger und die Katzenhalterinnen und Katzenhalter von Beginn an über die Situation um die Haubenlerche und die damit angedachten Maßnahmen informiert (unter Angabe, wann die erste Unterrichtung über Maßnahmen stattgefunden hat)?
4. Sind die durch das Büro, welches mit dem Haubenlerchen Monitoring beauftragt war, illegal gesammelten Daten von Katzenhalterinnen und Katzenhaltern in Walldorf mittlerweile ordnungsgemäß gelöscht worden (unter Angabe, welche Stelle wann welche Daten erhoben und gelöscht hat)?
5. Wie wird mit anderen Prädatoren umgegangen, beispielsweise wildlebende Katzen, Rabenvögel, Marder, Füchse, Störche, usw., die im und um das Haubenlerchen-Areal angesiedelt sind (unter Angabe der ergriffenen Möglichkeiten und ob bei der Erfassung durch Wildkameras zwischen Haus- und verwilderten Katzen unterschieden wurde)?
6. Wurde bei der Erstellung der Allgemeinverfügung bzw. der darin genannten Maßnahmen für Katzenhalterinnen und Katzenhalter auch die Expertise von Tierexperten mit einbezogen (unter Angabe, ob die aufgeführten Alternativen auf Umsetzbarkeit und Nutzen geprüft wurden)?
7. Wie viele gesicherte und dokumentierte Fälle gibt es, in denen eine Katze für den Abbruch eines Brutversuchs, das Plündern eines Nestes oder den Tod eines Jungvogels der Haubenlerchen in Walldorf-Süd verantwortlich war (unter Angabe, wie diese Fälle dokumentiert wurden)?

8. Wurde die erlassene Allgemeinverfügung auf Verhältnismäßigkeit der finanziellen und persönlichen Belastungen der Katzenhalterinnen und Katzenhalter geprüft und in diesem Zusammenhang auch die Verhältnismäßigkeit für die betroffenen Katzen (unter Angabe der Begründung der Verhältnismäßigkeit)?
9. Wie ist mit der Allgemeinverfügung in Einklang zu bringen, dass in einer Untersuchung für die Stadt Walldorf von 2016 ein Gutachten vor den Folgen für die Haubenlerche bei der Realisierung des zweiten Baugebiets Walldorf-Süd warnt, die Katzen, die eingeschränkt werden aber nicht erwähnt?

17.4.2023

Dr. Jung FDP/DVP

### Begründung

Bei einem Vor-Ort-Termin des Fragestellers Ende März 2023 in Walldorf stellte sich heraus, dass sich nach wie vor die betroffenen Katzenhalterinnen und Katzenhalter in Walldorf-Süd (Rhein-Neckar-Kreis) großen Erschwernissen ausgesetzt sehen und sich nicht ausreichend informiert fühlen. Die dortige in Kraft getretene Allgemeinverfügung wurde von Regierungspräsidentin Felder und Landrat Dallinger in einer Pressekonferenz im März 2023 als „ultima ratio“ bezeichnet. Nachdem der Schutz der Haubenlerche vor allem in den Jahren 2016 bis 2021 nicht ausreichend gelungen ist, sind mit der Allgemeinverfügung nun Maßnahmen ergriffen worden, die zu Schwierigkeiten vor Ort bei den Katzenhalterinnen und Katzenhalter führen.

Die Katzenbesitzer berichteten anschaulich, dass die in der Allgemeinverfügung aufgeführten Alternativen überwiegend nicht umsetzbar sind. Vor allem ältere Menschen, denen zum Beispiel das technische Knowhow und die elektronische Ausstattung für das GPS-Tracking fehlt, werden nach Ansicht des Fragestellers übergangen. Die Kosten u. a. für einen Antrag auf Befreiung, ein GPS-Tracker und Halsband, die Nutzungskosten der App zum Tracken und weitere anfallende Kosten belasten die Katzenhalter zusätzlich. Für Katzenhalter im roten Bereich stellt das GPS-Tracking keine Alternative dar, sie müssten die Katzen dauerhaft einsperren. Die Allgemeinverfügung stellt nicht nur für die betroffenen Katzenhalterinnen und Katzenhalter eine Belastung dar sondern auch die eingesperrten Katzen sind durch die verfügbaren Maßnahmen gestresst.

Durch diese Kleine Anfrage soll eine konstruktive Lösung in Bezug auf die Probleme herbeigeführt werden, die durch die Allgemeinverfügung zum Schutz der Haubenlerche und dem dadurch ausgesprochenen Katzen-Hausarrest in Teilen der Stadt Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis) vom 14. Mai 2022 entstanden sind.